

## Rahmenbedingungen deutscher Staatlichkeit 1945 bis 1990\*

Peter März

### I. Die Ausgangslage

„Nach dem endgültigen Verschwinden des alten europäischen Hegemonialproblems tritt automatisch das jüngere Weltproblem des russisch-englischen, heute des russisch-angelsächsischen Gegensatzes, in den Vordergrund. (...) Hüten wir uns aber vor allem auch, im Augenblick hervortretende Linien einfach in die Zukunft zu verlängern und darüber zu vergessen, dass in der wilden Jagd der Erscheinungen die eben zusammengeballten Wolken durch unerwartete Entwicklungen auch wieder auseinandergetrieben werden können. In der Tat, es wäre vermessen, vorauszusagen, auf welchen Wegen und Umwegen die Tendenz zur Vereinheitlichung des täglich schrumpfenden Erdballes ihr Ziel erreichen könnte.“<sup>1</sup>

Diese wenigen Sätze aus dem Resümee des berühmten Essays von Ludwig Dehio aus dem Jahre 1948 über Gleichgewicht und Hegemonie fixieren eine Wahrnehmung, die sich auf zwei Zäsuren richtet:

Die Zäsur des Kriegsendes 1945 und des mit ihm verbundenen endgültigen Zusammenbruches der klassischen europäischen Grossmachtkulisse, die Dehio bekanntlich mit der frühen Neuzeit beginnen lässt, und die noch gar nicht erkennbare, geistig bereits von ihm antizipierte Zäsur des Endes der Struktur des Kalten Krieges und des weltpolitischen Duopols in den Jahren 1989 bis 1991.

Wenn wir vor dem Hintergrund dieser welthistorischen Dramaturgie nach Rolle und Wandlungen deutscher Staatlichkeit von der Kapitulation in Reims und Karlshorst im Mai 1945 bis zum Inkrafttreten des Zwei-Plus-Vier-Vertrages vom September 1990 fragen, so sind dreierlei Besonderheiten vorrangig in Betracht zu ziehen:

Einmal die Lehren, die die westlichen Siegermächte aus der verpfuschten Friedensordnung von 1919 zogen, die das Reich im Bewusstsein einer stigmatisierten Isolation zurückliess und ihm zugleich doch nicht die Fähigkeit zu machtpolitischen Alleingängen nahm.<sup>2</sup>

Der zweite Faktor, den es hervorzuheben gilt, ist die deutsche Teilung, de facto 1948 mit der Konstituierung einer neuen Währungs- und Wirtschaftsordnung wie der Vorbereitung einer neuen konstitutionellen Ordnung im Westen des Landes und der nunmehr offenen Durchsetzung marxistisch-leninistischer Strukturen in seinem Osten vollzogen.

Der dritte Faktor schliesslich ist die dauerhafte und fortwirkende Belastung Deutschlands durch das nationalsozialistische Menschheitsverbrechen der Shoa wie die weiteren massenhaften Verbrechen an Sinti und Roma und den okkupierten slawischen Völkern und schliesslich durch die nationalsozialistische Ambition zur skrupellosen Durchsetzung eines Weltherrschaftsanspruches.

Es ist in den gewissermassen pragmatischen Aufbaujahrzehnten der 50er und 60er Jahre in Westdeutschland bei allen Wahrnehmungen dieses „Erbes“ nicht hinreichend erkannt worden, was es auf lange Zeit nicht nur für die psychische und geistige Struktur des Landes, sondern auch für seine Stellung in der internationalen Umgebung bedeuten musste. So hat erst die neuere Forschung deutlich gemacht, dass selbst eine der Bundesrepublik und ihren Interessen so gewogene

\* Gekürzter Vorabdruck aus „Vierzig Jahre deutsche Zweistaatlichkeit. Eine Bilanz“; hg. von Peter März; München 1999 (im Erscheinen). Der Aufsatz folgt den neuen Rechtschreibregeln. Ausführliche Literaturangaben befinden sich im Anhang.

<sup>1</sup> Dehio 1948, S. 231 f.

<sup>2</sup> vgl. Deutschland in Europa 1997.

Figur wie der amerikanische Aussenminister der Eisenhower-Ära John Foster Dulles von Misstrauen gegenüber deutschen Rückfällen in chauvinistische Alleingänge, gerade bei aller Verbundenheit mit der Person Konrad Adenauers, nie frei wurde.<sup>3</sup> Es sei hier zugleich einem weiteren, in der breiteren Öffentlichkeit nach wie vor weit verbreiteten Klischee in die Parade gefahren:

Es war offenkundig nicht so, dass die angelsächsischen Mächte im Hinblick auf das künftige Nachkriegsdeutschland wie in einem linearen Prozess eine gewissermassen immer kooperativere Position einnahmen, die französische politische Klasse hingegen in Gänze gewissermassen auf einen Karthagofrieden fixiert war. Vor allem die monumentale, 1997 erschienene Analyse von Dietmar Hüser über „Frankreichs doppelte Deutschlandpolitik 1944 - 1950“ zeigt klar, dass schon im Londoner Exil, wenn auch gewiss noch embryonal, erwogen wurde, was zum Schuman-Plan von 1950 und damit letztlich zur Europäischen Union unserer Tage führte:

„Für die Planer kam eine ‘Morgenthauisierung’ Deutschlands deshalb nicht in Frage, weil eine Zerstörung des deutschen Wirtschafts- und Industriepotentials nicht nur im Herzen Europas verheerende Konsequenzen zeitigen musste, sondern dem europäischen Wiederaufbau insgesamt eine entscheidende Quelle entzog. Niemand bestritt ernsthaft die fundamentale Bedeutung eines produzierenden Deutschlands im Nachkriegseuropa. Es galt die deutsche Wirtschaftskraft zu bändigen, zu konsolidieren und langfristig zu integrieren, nicht zu ruinieren. Es galt sie zu nutzen, nicht zu verschleudern. Es galt sie relativ zu schwächen, nicht absolut.“<sup>4</sup>

Im Hinblick auf die Neugestaltung Europas nach 1945 kommt es aber zunächst

und vor allem auf die Erwartungen und Projekte der verbliebenen beiden Weltmächte an. Für die Sowjetunion und ihren Blick auf Deutschland konstatiert Hannes Adomeit eine Mischung von drei Optionen:

- „1. Eine Revolutionierung des sozialen und ökonomischen Systems ganz Deutschlands unter der Führung einer sowjetisch kontrollierten kommunistischen Partei;
2. eine grundlegende Schwächung des wirtschaftlichen und militärischen Potentials Deutschlands, verbunden mit Gebietsabtretungen;
3. eine von den Vier Mächten durchgeführte und langfristig durchgesetzte Teilung oder Zerstückelung.“<sup>5</sup>

Gerhard Wettig hebt eine Ambivalenz sowjetischer Zielsetzungen im Hinblick auf die Mitte Europas hervor. Für ihn existieren nebeneinander: „der Wille zur Ausbreitung der eigenen Macht und des eigenen Systems sowie der Wunsch nach Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den angelsächsischen Mächten.“<sup>6</sup>

Neben einer langfristig angelegten offensiven Grundrichtung der sowjetischen Politik, die sich zweckrational zunächst die Potenzen Deutschlands wie des Westens im Wege friedlicher Kooperation zunutze gemacht hätte, müssen freilich auch spontane, nicht zuletzt durch Stalins ganz persönliche Sozialisation als Liquidator der früheren bolschewistischen Führung bedingte Muster, Einstellungen und Haltungen gesehen werden. Danach übertrug er das Bild vom finsternen Kampf ums Überleben, das er sich als Revolutionär wie Diktator angeeignet hatte, auch auf die internationale Konstellation und sein Verhalten gegenüber den westlichen Führungsmächten, offenkundig noch einmal forciert nach dem Tode Präsident Roosevelts im April 1945:

<sup>3</sup> Zum Gesamtkontext siehe Frei 1996, Brochhagen 1994, zu Dulles und seiner Deutschlandpolitik siehe Felken 1993.

<sup>4</sup> Hüser 1996, S. 238.

<sup>5</sup> Adomeit 1997, S. 334.

<sup>6</sup> Wettig 1996, S. 106.

„Stalins finstere, zynische Natur zwang ihn, bei seinen westlichen Gegenspielern nach ähnlichen Eigenschaften Ausschau zu halten. Sein misstrauischer Charakter verführte ihn dazu, westlichen Regierungen dieselbe Fähigkeit zu Verschwörungen zuzuschreiben, die er sich selbst und seinem Regime zutraute. (...) Die Methoden, die er wählte, um auf das, was er als westliche Böswilligkeit verstand, zu reagieren, verstärkten antisowjetische Stimmungen im Ausland sogar häufig.“<sup>7</sup>

Hannes Adomeit hat kürzlich die sich aus diesen persönlichen Strukturmerkmalen Stalins, aber auch seines Aussenministers Molotow ergebenden Verhaltensmuster und die generellen Handlungsbedingungen und Sichtweisen sowjetischer Politik in eine neue umfassende Zusammenschau gebracht. Danach ging dieses „System“ von der selbstverständlichen Verfügung über die Kriegsbeute in Europa bis zur Elbe aus und gab zugleich dem Westen die Schuld am Ausbruch des Kalten Krieges, weil dieser den legitimen Besitz der so definierten sowjetischen Kriegsbeute und die in historischen Gesetzmäßigkeiten angelegte offensive Stossrichtung russischer bzw. sowjetischer Politik in ihrer Berechtigung nicht anerkennen wolle. Als der amerikanische Botschafter Averell Harriman Stalin fragte, ob er, vor wenigen Jahren noch von den Deutschen unmittelbar vor seiner Hauptstadt bedroht, nun darüber erfreut sein könne, mit den Westmächten Berlin besetzt zu halten, antwortete der sowjetische Diktator: „Zar Alexander kam bis Paris“<sup>8</sup>. In der Folge habe die Sowjetunion, so Adomeits Kernthese, ihr im und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erweitertes Imperium nur um den Preis einer Konfrontation mit dem Westen erhalten können, die ihre Ressourcen überforderte und das Imperium überdehnte. Aber aus Prestige- und Besitzstandsdenken habe bis Gorbatschow

keine der Nachfolgeführungen den rational gebotenen Rückzug eingeleitet.<sup>9</sup>

In der Rückschau betrachtet, hat der Westen sehr schnell reagiert: Nicht nur in der amerikanischen Politik, bei der eine kritischere Sichtweise der Sowjetunion schon vor Kriegsende zunehmend bemerkbar wurde,<sup>10</sup> machte der immer desillusioniertere Blick auf das Geschehen östlich des nieder gegangenen Eisernen Vorhangs Energien frei, die schliesslich in die Containment-Politik, damit in der Konsequenz in den Aufbau einer eigenen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialordnung in Westdeutschland und eine Staatsgründung in seinem Rahmen münden sollten. Vor allem die britische Politik, zunächst noch auf die Bewahrung von möglichst viel Weltmachtstatus durch Erhalt einer Mittelposition zwischen den neuen „Flügelmächten“ bedacht, zeigte sich vom Beobachtungsposten Westberlin aus desillusioniert angesichts der so rapide fortschreitenden Gleichschaltung aller Institutionen und Lebensbereiche in der sowjetischen Besatzungszone, auch wenn der offene Übergang zur Stalinisierung dort bekanntlich erst ab 1948 erfolgte. Die Konsequenz daraus war:

„Dem Anfall von Resignation folgte auf britischer Seite immerhin die Erkenntnis, dass London, wenn es in Deutschland dem sowjetischen einen eigenen Entwurf entgegensetzen wollte, nicht nur des amerikanischen Verbündeten, sondern, kaum ein Jahr nach Kriegsende, schon deutscher Partner bedürfte.“<sup>11</sup>

## *II. Handlungsbedingungen in den frühen fünfziger Jahren*

Für die Entwicklung der beiden im September / Oktober 1949 konstituierten

<sup>7</sup> Subok, Pleschakow, 1997, S. 47.

<sup>8</sup> Adomeit 1998, S. 72.

<sup>9</sup> Die 'Urthese' ist offenkundig entlehnt von Kennedy 1989.

<sup>10</sup> Mit einer unnötig negativ wertenden Tendenz dieser Entwicklung Greiner 1995.

<sup>11</sup> Maetzke 1996, S. 432.

deutschen Staatlichkeiten erweist sich im Rückblick ein rund 10 Monate später eingetretenes Ereignis, der Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950, als von zentraler Bedeutung. Er war zumindest der Anlass, um die Normalisierung und Konsolidierung beider deutscher Staaten in den Blöcken, mit der jeweiligen Blockräson, entscheidend voranzutreiben. Für die Bundesrepublik begann der Zusammenhang von Wiedervereinigungsforderung, Übertragung weit gehender Souveränität und Integration in den Westen unter Einschluss gerade auch einer Wiederbewaffnung mit der New Yorker Konferenz der westlichen Siegermächte vom Sommer 1950 Gestalt anzunehmen, wenn sich auch die französische Seite noch lange ausserordentlich reserviert zeigte. Die DDR agierte in ihrer Rolle als Funktionsträger sowjetischer Politik. In der Rückschau schürzt sich für viele der Knoten dieser Entwicklungen auch heute noch im berühmten Notenwechsel von 1952 über Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands. Dabei haben vor allem die Forschungen Gerhard Wettigs in den sowjetischen Archiven der letzten Jahre hinreichend klar gezeigt, dass die sowjetischen Angebote nie in die Sichtweite jener Linie gerieten, von der aus eine westliche Akzeptanz in den Bereich des Möglichen gerückt wäre. Ein nach diesen Vorstellungen wiedervereinigtes Deutschland hätte nicht die Chance erhalten sollen, sich aus dem Sog sowjetischer Hegemonie und sowjetischer Penetrationsbemühungen frei zu schwimmen. Die propagandistische Komponente - den Fortgang der westlichen Integration zu stören, gegen sie in Westdeutschland, gegenläufig aber auch in Frankreich eine Art nationaler Opposition zu mobilisieren - hat eindeutig überwogen.<sup>12</sup> Mehr noch: Während Ende 1951 im sowjetischen Ausserministerium die Vorbereitungen für die Notenoffensive liefen, die

Texte gewissermassen den letzten Schliff erhielten, kamen seit Spätherbst 1951 zugleich die Vorbereitungen für die II. Parteikonferenz der SED in Gang, die im Juli 1952 den Beschluss zum Aufbau des Sozialismus in der DDR mit allen sich daraus ergebenden politisch-strategischen Folgen fasste.<sup>13</sup> Auch die hermetische Abschliessung der innerdeutschen Grenze im Mai 1952 erfolgte nicht spontan - etwa wegen der gleichzeitigen Unterzeichnung von Deutschland- und EVG-Vertrag in Bonn bzw. Paris, sondern war über längere Zeit vorher geplant worden.

Bemerkenswert ist auch, dass Stalin mit der propagandistischen Komponente seiner Offerte Opfer einer Fehleinschätzung wurde; mit nationalen Leitbildern konnte man im Westeuropa der fünfziger Jahre nicht mehr Punkte machen wie im Westeuropa der dreissiger Jahre. Wohlfahrt, Sicherheit, Freiheit waren zu bestimmenden Kriterien für die politische Lebensordnung geworden,<sup>14</sup> auch eine Voraussetzung dafür, dass Supranationalität nun anders als in der Zwischenkriegszeit denk- und durchsetzbar war. Spiegelbildlich gilt für die westliche Position:

„Die Untersuchung der amerikanischen Politik (...) lässt keinen Zweifel daran, dass die Neutralisierung Deutschlands von der Regierung Truman zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erwogen wurde. In diesem Punkt unterschieden die USA sich nicht vom Bundeskanzler. Briten und Franzosen unterstützten diese Politik gleichermaßen, vielleicht sogar noch stärker als die USA. Deutschland wäre nicht Österreich, und die europäischen Mächte waren mit dem Status Quo nicht unzufrieden.“<sup>15</sup>

Mit anderen Worten: zwischen westlichen und sowjetischen Vorstellungen gab es im Hinblick auf ihre Kompromissfä-

<sup>12</sup> Wettig 1993.

<sup>13</sup> Wettig 1997, S. 71.

<sup>14</sup> März 1982, S. 421 ff. mit entsprechenden demoskopischen Befunden.

<sup>15</sup> Rupieper 1991, S. 298.

higkeit, was die Staatenstruktur in Mitteleuropa anlangte, keine Schnittmenge und so war eine Übereinkunft von Anbeginn an keine realistische Alternative.

Auf die Rolle des Bundeskanzlers in dieser Konstellation kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Ein Punkt, über den lange gerätselt worden ist, verdient aber hervorgehoben zu werden. Adenauer, der 1952 in einer der vielen Gesprächsrunden mit den Hohen Kommissaren formulierte „ich habe auch einen Alptraum, und der heisst Potsdam“ - Adenauer war es offenkundig selbst, der in die ursprüngliche, 1951 erarbeitete Fassung des General-, später Deutschlandvertrages die sogenannte „Bindungsklausel“ Art. 7 Abs. 3 einfügen liess. Diese sollte sicherstellen, dass ein wiedervereinigtes Deutschland die Rechte und Pflichten der Bundesrepublik aus den Westverträgen von 1952 übernehme, somit aus der Integration nicht ausbrechen könne. Diese Bindungsklausel wurde in ihrer Eindeutigkeit von der, wenn man das einmal so bezeichnen mag, „nationalen“ Opposition in der Bundesrepublik, verbunden mit Namen wie Karl-Georg Pfeleiderer, FDP,<sup>16</sup> Paul Sethe, Mitherausgeber der FAZ, und Jakob Kaiser, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, ja selbst vom CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano, attackiert und bei einem letzten Verhandlungspoker von Koalitionspolitikern mit US-Aussenminister Acheson kurz vor Vertragsunterzeichnung in Bonn Ende Mai 1952 gewissermassen „entschärft“. Dem Bundeskanzler hatten diese Opponenten das abgerungen. In der schliesslich in Kraft getretenen Fassung des Vertrages aus dem Jahr 1954, nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung, taucht sie überhaupt nicht mehr auf. Was aber bewog Adenauer, nicht seine

westlichen Verhandlungspartner, überhaupt zu dieser Initiative?

„Diese Klausel sollte die Westmächte dazu verpflichten, einem wiedervereinigten Deutschland dieselben Freiheiten und denselben rechtlichen Status zuzugestehen wie der Bundesrepublik nach dem Abschluss des vorliegenden Vertrages. Ausserdem wollte Adenauer durch eine präzisere Formulierung der alliierten Vorbehaltsrechte sichergestellt sehen, dass die Westmächte ihre Rechte nicht etwa als Feibrief missverstünden, im Namen der Bundesrepublik einen Friedensvertrag abzuschliessen.“<sup>17</sup>

Aus Sicht des Kanzlers sollte also der Schutz vor einem Rückzug der Vertragspartner aus dem Vertragsverhältnis wasserdicht, gleichberechtigte Teilhabe der Bundesrepublik an der westlichen Integration gegen alle historischen Unwägbarkeiten sichergestellt werden. Wiedervereinigung ja, aber ohne Preisgabe des für die Bundesrepublik Erreichten.

Wenn man will, kann man von hier aus über die Jahrzehnte eine doppelte Linie ziehen. Der eine Strang führt zu den Überlegungen, die Waldemar Besson in seiner Geschichte bundesdeutscher Aussenpolitik aus dem Jahre 1970, also zur Zeit der Anfänge der sozialliberalen Koalition, ausgebreitet hat. Am Ende dieser Analyse steht die Fixierung auf die westdeutsche Staatlichkeit als eine sich selbst genügende mit eigener Räson:

„Historische Erfahrungen und weltpolitische Bedingungen haben so dazu geführt, dass Bonn nicht deutsche, sondern westdeutsche Politik machte und schliesslich konsequent von den Erfordernissen des eigenen Staates her dachte und handelte.“<sup>18</sup>

In diesen Bedingungsrahmen passte eine Bindungsklausel als Ausdruck westlich-westdeutscher Interessenidentität.

Der zweite Strang führt bis zum Jahr 1990. Die Bindungsklausel ist zwar

<sup>16</sup> Zuletzt Jansen 1997.

<sup>17</sup> Frohn 1996, S. 500 f.

<sup>18</sup> Besson 1970, S. 456.

schliesslich aus dem Deutschlandvertrag verschwunden. Gleichwohl liest sich der Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 wie die nahezu oder sogar vollständige Durchsetzung dessen, was Adenauer und seine Mitarbeiter wie Hallstein, Grewe und Blankenhorn auf der einen Seite und die westlichen Siegermächte auf der anderen Seite im Herbst 1951 skizziert haben: mit einem Zeitverzug von nahezu vier Jahrzehnten wurde all das konzediert, was an westlichen Essentials für die deutsche Wiedervereinigung festgelegt war:

1. Wahrung der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung,
2. Einbindung in europäische Integration,
3. Aufrechterhaltung der deutschen Teilhabe an der westlichen Sicherheitsgemeinschaft.

### *III. Die Berlin-Krise 1958-1963*

Die Zäsur der zweiten grossen Berlinkrise von 1958 bis 1962 für die Dramaturgie des Geschehens in und um Deutschland ist heute unbestritten. Die meisten deutschen Beobachter legen dabei den Hauptakzent auf die Umorientierung der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik, vor allem in Gestalt der konzeptionellen Überlegungen Egon Bahrs, die nach der Frustration des Mauerbaues in die Anerkennungspolitik der sozialliberalen Koalition zur Wahrung der kommunikativen Einheit der Nation am Beginn der 70er Jahre gemündet hatten.<sup>19</sup>

Diese historische Linie wird gewiss zurecht gezogen, ihr muss aber mindestens noch eine weitere zur Seite gestellt werden. Das entscheidende Moment des Wandels war die tiefe Verunsicherung der Bonner Politik, namentlich im Umfeld des Bundeskanzlers, über die Verlässlichkeit der beiden angelsächsischen Verbündeten. Schon die mit dem Namen

„Radford“-Plan verbundene strategische Umorientierung der USA in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und manche Kontakte zwischen Präsident Eisenhower und Parteichef Chruschtschow, vor allem aber die aus dieser Sicht unzuverlässige Haltung des britischen Premierministers Macmillan gegenüber dem Kreml hatten im Bundeskanzleramt zunehmendes Misstrauen gesät. Nun kam extrem verschärfend hinzu, wie Washington und London auf das Berlin-Ultimatum Chruschtschows von 1958 und den Bau der Mauer 1961 reagierten: indem sie sich nämlich nicht nur auf die Westberlin betreffenden Essentials zur Erhaltung von dessen Freiheit und Lebensfähigkeit beschränkten, sondern augenscheinlich unter sowjetischem Druck auch bereit waren, neue internationale Institutionen ausserhalb des Kreises der Siegermächte zur Überwachung der Verkehrsverbindungen zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet zu akzeptieren.<sup>20</sup> Damit aber schien die Statik in Deutschland und Europa gefährdet.

Eine Konsequenz, die im Bundeskanzleramt gezogen wurde, war die Wendung zum gaullistischen Frankreich,<sup>21</sup> bei dem es hier augenscheinlich kein Wackeln gab - und dies obwohl Charles de Gaulle nach seiner Rückkehr an die Macht 1958 als einen seiner ersten Schritte sofort die noch von der Vierten Republik eingeleitete geheime Nuklearforschung mit der Bundesrepublik und Italien suspendiert hatte. Schliesslich galt es für ihn, den herausgehobenen Status Frankreichs durch seinen Aufstieg zur einzigen Nuklearmacht im Westen des Kontinents zu unterstreichen.

Gleichwohl: die Anlehnung Adenauers während der Berlin-Krise an Paris, in ihrer Chemie vielleicht vergleichbar mit

<sup>20</sup> Lemke 1995, S. 191.

<sup>21</sup> Mit stark gaullistischer Ausrichtung aus der Perspektive Adenauers Osterheld 1986; insbesondere S. 188 ff.

<sup>19</sup> Vogtmeier 1996.

seiner Unterstützung der französischen und damit westeuropäischen Positionen in der Suez-Krise 1956 - gegen damals sowjetischen wie amerikanischen Druck - erscheint in der Rückschau als erster Akt eines langen Prozesses, der in der Kooperation Helmut Schmidts und Giscard d'Estaings, damals gegen die harte amerikanische Politik nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979, und schliesslich im Zusammenwirken von Helmut Kohl und François Mitterand seine Fortsetzung fand.

Gewiss, diese Linie ist vielfach durchbrochen, schon durch die Atlantiker in der SPD<sup>22</sup> und Teile der Union am Ende der Ära Adenauer, damals personifiziert in Aussenminister Schröder. Ein erster spektakulärer Erfolg gelang den „Atlantikern“ mit der Durchsetzung einer Erklärung des Bundestages zum Ratifikationsgesetz für den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963, durch die den deutsch-französischen Beziehungen ihr privilegierter Status genommen werden sollte. Aber die gaullistische westlich - kontinentaleuropäische Orientierung deutscher Politik ist seitdem immer wieder mobilisiert worden.

Zu fragen bleibt aber nicht zuletzt, weshalb die Sowjetunion 1958 so scheinbar aus heiterem Himmel die Konfrontation heraufbeschwor: Erstmals zum Kern der sowjetischen Motive und damit ins Zentrum der damaligen Konfliktstruktur scheint Andreas Wenger vorgedrungen zu sein<sup>23</sup>. Danach handelte es sich zwischen den beiden Weltmächten in einer Situation, in der noch nicht volle Konfliktstabilität erreicht war, um eine Art Übergangsstadium. 1958 war weder politische noch militärische Stabilität erreicht:

Die Sowjetunion wollte, dass Bundesrepublik und Westmächte von der Wiedervereinigungs- und damit territorialen Revisionsforderung Abstand nähmen; zugleich schien in der ausgehenden Eisenhower-Ära die Bundesrepublik trotz des im Zusammenhang mit den Pariser Verträgen ausgesprochenen Verzichts auf ABC-Waffen der faktischen Verfügung über Nuklearwaffen<sup>24</sup> zumindest sehr nahe zu kommen. Umgekehrt herrschte in Westeuropa die Sorge, nach dem Eintreten des nuklearen Patts und einer sowjetischen Zweitschlagsfähigkeit gegenüber dem amerikanischen Kontinent könne man nicht mehr rückhaltlos auf die Sicherheitszusagen aus Washington bauen - diese Einschätzung war eine der Voraussetzungen für die eigenständige französische Nuklearpolitik. In dieser Situation zog Moskau in Berlin die Schraube an, zunächst ganz unabhängig von den eigenen Intentionen der DDR-Führung, um in Mitteleuropa ein Ende des deutschen Wiedervereinigungsverlangens und den Verzicht auf eine Nuklearisierung der Bundeswehr zu erzwingen (jedenfalls auch künftig keine Sprengköpfe in deutscher Verfügung) und um gewissermassen die Legitimation des von Stalin bis 1948 gewonnenen Besitzstandes durchzusetzen. Dies gelang mit der Kennedy-Administration, die dafür grundsätzliche Bereitschaft zeigte; jedoch um den aus sowjetischer Sicht gewiss akzeptablen Preis der weiteren Integrität West-Berlins, die gewissermassen als Mittel zum Zweck in einem grossen Pokerspiel eingesetzt worden war. Die zwischen Washington und Moskau schliesslich erreichte Gesamtkonstellation manifestierte sich nach der Kuba-Krise 1962 auf zweierlei Weise:

Erstens im nuklearen Teststoppabkommen von 1963, das Bundesrepublik und DDR unterschrieben - dazu blieben Kernsprengköpfe nun deutlich ausserhalb

<sup>22</sup> Vgl. Marcowitz 1996, zur nun atlantischen Orientierung der SPD mit Willy Brandt, Helmut Schmidt, Fritz Erler u.a., die ihrer „Regierungsfähigkeit“ zweifellos zugute kam, insbesondere S. 132 ff.

<sup>23</sup> Wenger 1998.

<sup>24</sup> U.a. Aufrüstung der Bundeswehr mit Trägersystemen.

deutscher Verfügung – sowie zweitens in einem immer deutlicher werdenden Entspannungstrend, bei dem stetig der Druck auf Bonn wuchs, die territorialen Verhältnisse von 1945 endgültig zu akzeptieren.

#### *IV. Bedingungsfaktoren der Neuen Ostpolitik*

In seinen Memoiren schreibt Henry Kissinger, seit 1968 der wichtigste Mann für die amerikanische Aussenpolitik:

„Ich hatte Adenauer und seine weise Politik aufrichtig bewundert, mit der er alle anderen Überlegungen der Notwendigkeit unterordnete, seinem Land den Ruf der Zuverlässigkeit und Standhaftigkeit zurückzugewinnen. Aber in den 70er Jahren musste die Wiedervereinigungspolitik Adenauers die Bundesrepublik zunehmend in Konflikte mit ihren Verbündeten und den neutralen Staaten treiben. Man hätte sich, wenn sie diesen Kurs weiter verfolgt hätte, unter Umständen in einer Krise mit dem Osten praktisch allein gesehen. Es war Brandts historisches Verdienst, dass er die Deutschland aufgezwungenen Belastungen und Ängste auf sich genommen hat.“<sup>25</sup>

Man kann in diesen Sätzen die weltpolitischen Rahmenbedingungen für die sogenannte Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition abgesteckt finden. Hinzu kam das bekannte innerdeutsche Kalkül, namentlich des spiritus rector dieser Politik, Egon Bahrs, durch die in Vertragsform gekleidete Akzeptanz der in Europa gegebenen Verhältnisse - die Frage letzter völkerrechtlicher Vorbehalte bleibt hier ausgeklammert -, Freiräume für die Wahrung und Stärkung der Nation als Begegnungs- und Kommunikationsgemeinschaft zu gewinnen. Nicht ohne Grund ist das Wort „Nation“ in diesen Jahren geradezu inflationär gebraucht worden.<sup>26</sup> Der wesentliche kodifizierte Niederschlag dieser Politik waren

der deutsch-sowjetische und der deutsch-polnische Vertrag von 1970, das Berlin-Abkommen der Vier Mächte von 1971, der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten von 1972 und schliesslich der Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei von 1973. Auch die CDU/CSU, nach 20 Jahren in die Opposition versetzt, musste die Erfahrung machen, dass die westlichen Partner dieser Politik im Prinzip sehr wohlwollend gegenüber standen. Der „Reisediplomat“ der Union, Kurt Birrenbach, brachte, als 1972 die Ratifikation des deutsch-sowjetischen Vertrages im Bundestag gefährdet schien, aus den von ihm besuchten Hauptstädten den Eindruck mit:

„Insgesamt hielten alle Regierungen, trotz der Bedenken, die sie mir gegenüber zu den Ostverträgen äusserten, diese in neuen Verhandlungen mit der Sowjetunion für schwerlich korrigierbar (...). In den meisten Ländern befürchtete man eine Gefährdung der inzwischen eingeleiteten Entspannungspolitik.“<sup>27</sup>

So galt diese Politik solange als vollauf kompatibel mit den westlichen Grundpositionen, solange sich nicht die Gefahr abzeichnete, dass die Bundesrepublik bei ihrer Verfolgung machtpolitisch oder auch psychologisch und geistig einen Rubikon überschritt, der sie in das magnetische Feld der Sowjetunion brächte. Henry Kissinger, als Historiker an den Gleichgewichtskonstellationen des 19. Jahrhunderts geschult, hat diese Sorge ebenso empfunden, wohl auch überzogen, um sich selbst stärker ins Spiel zu bringen, wie auch die französische Seite. Über die Einschätzung von Präsident Pompidou hält Georges-Henry Soutou fest:

„Entscheidend war, dass Pompidou offensichtlich die erste Stufe der Ostpolitik mit der Anerkennung der Nachkriegsrealitäten und besonders der Teilung Deutschlands unter-

<sup>25</sup> Kissinger 1979, S. 442.

<sup>26</sup> Die einschlägige Selbstbeschreibung bei Bahr 1996.

<sup>27</sup> Birrenbach 1984, S. 393.

stützte, dass er aber aufgrund des Nutzens, den Moskau daraus ziehen konnte, und aufgrund der vermuteten Motive Brandts weitaus weniger begeistert über die mögliche Entwicklung der Bonner Politik gegenüber dem Osten war (...). Doch diese Politik konnte fehlschlagen. Die zunehmenden Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten konnten den Sowjets dienlich sein und anstatt zu einer 'Destabilisierung des Ostens' zu einer Destabilisierung des Westens und zu vermehrtem sowjetischen Einfluss führen.<sup>28</sup>

Spiegelbildlich ist im übrigen bemerkenswert, dass sich auch in der Sowjetunion zunehmend Sorgen breit machten, die DDR könne im Ergebnis der Entspannungspolitik zuviel Manövrierraum gewinnen, so dass sie, vor allem gestützt auf bundesdeutsche wirtschaftliche Unterstützung, gewissermassen nach Westen abschwimme. Diese Linie zieht sich vom Sturz Walter Ulbrichts - Honecker galt damals ja als verlässlicher - bis zur Phase der Nachrüstungsdiskussion Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre und zu den Milliardenkrediten, die sich vor allem mit den Namen Strauss und Schalck-Golodkowski verbinden und die in einer Zahlungsbilanzkrise auch ein Stück Handlungsfreiheit der DDR-Führung gegenüber der eigenen Vormacht mit sich brachten. Das bis 1987 für Erich Honecker immer wieder verlängerte de facto-Verbot zum Besuch der Bundesrepublik gehört noch in diesen Zusammenhang steter Disziplinierung der Ostberliner Führung:<sup>29</sup> Als - auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Frage der Mittelsteckenraketen - Ende August 1984 Programm und Kommuniqué für einen Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik ausgearbeitet waren, legte sich die Sowjetunion quer; schon am 27. Juli 1984 attackierte die Prawda Bundesrepublik und DDR gleichermaßen, am 17. August 1984 wurde

eine Politbüro-Delegation unter Führung Honeckers in Moskau geradezu abgestraft.<sup>30</sup>

So sehr die Neue deutsche Ostpolitik der frühen 70er Jahre in hohem Masse mit den entspannungspolitischen Gesamt Tendenzen der westlichen Politik kompatibel war, so sehr taten sich in der weiteren Folge Risse, ja Gegensätzlichkeiten auf. Diese waren politisch-moralisch wie strategisch begründet:

Politisch-moralisch insofern, als beim „Wandel durch Annäherung“ für manche Beobachter der „Grenznutzen“ dieser Politik von einem gewissen Punkt an überschritten schien. Sie schien nun eher geeignet, die östlichen Diktaturen zu stabilisieren, denn die Menschen gegen die Intentionen der kommunistischen Regime stärker zusammenzubringen und, wenn auch in kleinen Dosierungen, Osteuropa mit einem Mehr an Freiheit zu infizieren. Die in diese Richtung vorgebrachte Kritik ist vor allem in Timothy Garton Ashs Studie „Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent“<sup>31</sup> ausgeführt. Gewissermassen als Lackmestest erweist sich aus dieser Sicht die französische und noch mehr die deutsche Politik in der Afghanistan- und in der Polen-Krise am Ende der 70er und in den frühen 80er Jahren, in einer Situation sich verhärtender Konfrontation, die von manchen Beobachtern als „zweiter Kalter Krieg“ charakterisiert wird. Das Frankreich Giscard d' Estainings und die Bundesrepublik Helmut Schmidts hätten ein „crisis management“ mit der Sowjetunion einer konsequenteren, an menschenrechtlichen Kriterien orientierten Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan und einer demonstrierenden Unterstützung der Solidarność vorgezogen. Dagegen kann dann vor allem die universal orientierte Menschenrechtspolitik von US-Präsident Jimmy

<sup>28</sup> Soutou 1997, S. 173.

<sup>29</sup> Wiegrefe 1993, Kaiser 1997, Schroeder 1998.

<sup>30</sup> Korte 1998, S. 204.

<sup>31</sup> Garton Ash 1993.

Carter und die harte Haltung seines Nachfolgers Ronald Reagan ins Feld geführt werden; wenn man so will, ein Gegensatz von europäischem, namentlich deutschem Machiavellismus und gesinnungsethischer Prinzipienpolitik.<sup>32</sup>

Auf der strategischen Ebene äusserte sich dieser Gegensatz in der Nichtbereitschaft Helmut Schmidts, nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979 den verschärften amerikanischen Kurs gegen Moskau mitzuverfolgen. Schon hier entstand das Bild von einer trotz global wachsender Konfrontationstendenzen möglichen Aufrechterhaltung eines regionalen Entspannungskurses. Schmidt erklärte auf einer Wahlveranstaltung in Essen, auf die Konstellation der Juli-Krise 1914 anspielend: „Wir können uns keine Gesten der Stärke leisten und keine markigen Zeichen der Unerschütterlichkeit. Wir haben die Schnauze voll davon.“<sup>33</sup> Entspannung in Europa durfte freilich auch für Schmidt nicht Hinnahme solcher Rüstungsungleichgewichte bedeuten, dass sich daraus politische Erpressbarkeit entwickelte. Damit ist sein strategischer Ansatz für den berühmten NATO-Doppelbeschluss in der Mittelstreckenraketenfrage - gegen die Vorrüstung durch sowjetische SS-20-Systeme - beschrieben. Unbestreitbar ist heute, dass die Nichtdurchsetzbarkeit dieses Kurses in der eigenen Partei auf Dauer wesentlich zum Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts beitrug. Damit ergibt sich zugleich die bemerkenswerte Analogie, dass Regierungswechsel in der Bundesrepublik, jedenfalls bislang, mit wachsenden Gegensätzen des jeweiligen Regierungslagers zum Mainstream der westlichen Politik einhergingen:

Beim quälend langen Abschied der Union von der Macht 1961 bis 1969 spielte zweifellos die Inkongruenz von westlichen Entspannungsambitionen und Bon-

ner Festhalten an offenkundig nicht mehr opportunen Rechtspositionen eine Rolle. 1982 war es die Tatsache, dass grosse Teile des Regierungslagers das westliche Verständnis von Friedenswahrung und Sicherheit durch Gleichgewicht, Abschreckung und dabei zu wählender Zweitschlagsfähigkeit nicht mehr akzeptieren mochten. Dieses Umkippen manifestierte sich in der Entscheidung des Kölner SPD-Parteitag vom November 1983 gegen eine Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik.<sup>34</sup> Von Reagan über Thatcher bis Mitterrand wurde diese Orientierung eines ganzen Lagers in der Bundesrepublik, vereinzelt über Parteigrenzen hinaus, gegen die Grundlagen westlicher Sicherheitspolitik mit äusserstem Misstrauen gesehen.

Im Hintergrund dieser Entwicklung sind mehrere Faktoren in der Bundesrepublik zu sehen:

1. Eine sich auf prinzipielle moralische Grundhaltungen beziehende Abwendung von sicherheitspolitischen Gleichgewichtskalküls im Nuklearzeitalter.
2. Eine die Legitimation des amerikanischen Ordnungsmodells und der amerikanischen Hegemonie im atlantischen Raum in Frage stellende Grundhaltung, verbunden mit einer äquivalenten, teilweise positiven Sicht der kommunistischen Systeme und dem Vorsatz, deren Gewicht dürfe nicht reduziert werden.
3. In Kombination damit eine Art Rückzug auf das nationale, zumindest aber auf das kontinentaleuropäische Areal, wobei zumeist die fortdauernde Zweistaatlichkeit Deutschlands respektiert, ja gut geheissen wurde, um die Alternative DDR am Leben zu halten. In diesem Fall ging es dann darum, die Besonderheit einer Zone von Abrüstung und Entmilitarisierung auf europäischem Boden im Kontrast zur hochgerüsteten Umwelt hervorzuheben. Die hier zum Ausdruck

<sup>32</sup> Siehe auch Schmidt 1987.

<sup>33</sup> Zit. nach Haftendorn 1983, S. 250.

<sup>34</sup> Schmidt 1996, S. 448, Vogel 1997, S. 188.

kommenden Positionen mündeten dann in die sogenannte „Nebenaussenpolitik“ der SPD. Diese konkretisierte sich in Absprachen mit der östlichen Seite wie 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone, 1986 zu einem atomwaffenfreien Korridor, 1988 zu einer „Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“, 1987 mit der SED auf der Ebene geistiger Auseinandersetzung im bis heute umstrittenen Grundsatzpapier über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit.“

4. Schliesslich ist auf die vielfache Penetration der Friedensrhetorik aus der DDR in die Bundesrepublik zu verweisen, die in Teilen von Kirchen, Parteien und Medien zumindest begrenzten Erfolg hatte.<sup>35</sup>

Wenn diese Gesamtkonstellation, zu Beginn der 80er Jahre symbolhaft zum Ausdruck gekommen in Krefelder Appell, Menschenketten und Protestkundgebungen im Bonner Hofgarten, schliesslich doch nicht zur beherrschenden Position in der westdeutschen Politik wurde, so lag dies einmal daran, dass sie historisch durch die Konzessionsbereitschaft der anhebenden Gorbatschowschen Politik – z.B. die 1987 erreichte Nulllösung im Mittelstreckengebiet – überholt wurde, ferner auch daran, dass sich in Ostmitteleuropa, zunehmend auch in der DDR, eine unabhängige, das Friedensziel mit dem Menschenrechtsziel koppelnde Friedensbewegung entwickelte, und schliesslich an der Konsequenz der Regierung Kohl/Genscher. Die Welle verebte auch, weil sie sich kommunikativ nicht dauerhaft auf gleichem Niveau halten konnte. Das bedeutete aber zugleich nicht, dass das Regierungslager von dieser Welle unberührt geblieben wäre. Einmal waren auch die Politiker aus dem Regierungslager, ob aus Bund oder Ländern, bei ihren nun häufig gewordenen

Kontakten mit der DDR-Führung, namentlich mit Erich Honecker, einer penetranten Friedensrhetorik ausgesetzt, etwa nach dem Grundsatz: was nutzten alle wirtschaftlichen, ökologischen oder gar menschenrechtlichen Fortschritte, wenn nicht der „Frieden“ quasi als Ding an sich bewahrt und auf „aggressive“ NATO-Rüstung verzichtet würde. Wie die hierzu mittlerweile veröffentlichten Dokumente, ob von Potthoff oder von Nakath/Stephan,<sup>36</sup> zeigen, hat die westdeutsche politische Führungsschicht dieses Trommelfeuer weitgehend ohne grundsätzlichen Widerspruch hingenommen, aus Höflichkeit, teilweiser Akzeptanz oder vielleicht auch in der Erwartung, wenn man solch unvermeidlichen Zumutungen über sich ergehen lasse, dann könne man in den Bereichen, wo es innerdeutsch etwas zu regeln galt, zum „business“ übergehen. Relativ resistent erscheint hier nach Karl-Rudolf Kortess Untersuchung über die Deutschlandpolitik in Kohls Kanzlerschaft noch dieser selbst.<sup>37</sup>

#### *V. Das westdeutsche Milieu in den achtziger Jahren*

Wenn es in den letzten Jahren vor dem Ende der DDR darum ging, die Rolle des Nationalstaates und seinen Stellenwert als Zielvorstellung zu beschreiben, dann wurde in den beiden grossen parteipolitischen Lagern, allerdings mit unterschiedlichen Akzenten, zunehmend die Bedeutung der europäischen Einheit als Ersatz bzw. historisch legitime Weiterentwicklung ins Spiel gebracht. Ferner wurde vielfach die Formel vom Verfassungspatriotismus, von der besonderen Dignität der Staatsbürgergemeinschaft,<sup>38</sup> die Nation relativiert, gebraucht, innenpolitisch vielleicht eine Art Komplementärbegriff zu Waldemar Bessons

<sup>35</sup> Boyens 1995.

<sup>36</sup> Potthoff 1995, Nakath/Stephan 1995.

<sup>37</sup> Korte 1998 passim.

<sup>38</sup> Vgl. Roth 1995, S. 293 ff.

Vorstellung von der Bundesrepublik als sich selbst genügender Mittelmacht. Im Blick nach aussen wurde der dauerhafte Fortbestand der deutschen Zweistaatlichkeit zum einen mit der durch sie angeblich verbürgten Stabilität in Europa begründet, zum anderen mit der von deutscher Seite weiterhin zu leistenden Sühne für die Verbrechen des Nationalsozialismus, eine Sühne, die allerdings die DDR-Deutschen weitgehend exklusiv zu tragen hatten. Aus heutiger Sicht erscheint zudem schwer nachvollziehbar, wie wenig damals darüber reflektiert wurde, dass die Aufhebung der Teilung auch ein wesentliches Stück Stabilitätsgewinn für Europa bedeuten könne.

Während sozialdemokratische Stimmen mehr an ein Zusammenwachsen ganz Europas dachten, bei dem die beiden deutschen Staaten im gemeinsamen Haus Europa künftig zwar weiter nebeneinander, aber doch näher beieinander lägen, gingen europa-orientierte Überlegungen in der CDU stärker von der konkreten Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft aus. Wenn ohnehin durch die Intensivierung der Integration - 1987 Einheitliche Europäische Akte - der Nationalstaat in seiner materiellen Substanz zunehmend ausgehöhlt und damit auf Dauer auch in seiner emotionalen Wertigkeit in Frage gestellt werde, wenn sich zugleich in der DDR ein eigenes Staatsbewusstsein ausprägte, wie damals vielfach überschätzend angenommen wurde, dann könnten doch auch beide deutsche Staaten unter dem Dach einer fortentwickelten Europäischen Gemeinschaft nebeneinander existieren und das Einheitsgebot des Grundgesetzes als in dieser Konstellation erfüllt deklariert werden.<sup>39</sup> In der CDU standen für solche Positionen damals etwa Karl Lamers und Heiner Geissler. Der Wiesbadener Parteitag der CDU von 1988 brachte hier zwar eine vorläufige Klä-

rung; die, wenn man es so formulieren darf, „reinen“ Europäer blieben noch in der Minderheit. Wie sich aber hier auch in der Union ohne die Zäsur von 1989/90 der Diskussionsstand weiterentwickelt hätte, muss eine ebenso spannende wie offene Frage bleiben. Besondere Aufmerksamkeit zieht natürlich die Haltung des Kanzlers und die Frage auf sich, wie sich seine Zielvorgaben bis zum Ausbruch der „Finalitätskrise“ der DDR ab Sommer 1989 entwickelten.

Folgen wir hier Karl-Rudolf Korte, dann ergibt sich für ihn in etwa folgender Befund: Überwindung der deutschen und europäischen Teilung; Freiheit für alle Deutschen; Einheit, die nicht *expressis verbis* als wiedervereinigter Nationalstaat definiert wurde.

Kohl liess dabei die Positionen seiner wissenschaftlichen Ratgeber, etwa den Professoren Stürmer und Weidenfeld – „der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen“<sup>40</sup> - ebenso gelten wie die Kontinuität rechtlicher Ansprüche auf nationale Selbstbestimmung und Einheit. Eindeutige Festlegungen hielt er weder für notwendig noch für sinnvoll. Für die Entwicklung seiner Deutschlandpolitik ist zugleich eine dezidiert immer kritischere Sicht der DDR und ihrer Nomenklatura und eine zunehmende sprachliche Kühle gegenüber ihrem Führungspersonal kennzeichnend, gerade auch beim Honecker-Besuch 1987 in der Bundesrepublik. Zugleich gilt auch für ihn, wie für die „Mannschaft“ im Bundeskanzleramt, dass sie zum guten Teil „Opfer“ der Fehlinformationen bzw. Schönfärbereien über den tatsächlichen Zustand der DDR-Wirtschaft gegen Ende der 80er Jahre waren.<sup>41</sup> Für die politische Gesamtbewertung heisst dies, dass bis weit in das Jahr 1989 hinein in der Bundesrepublik kaum gesehen wurde, dass eine in Euro-

<sup>40</sup> Zit. nach Korte 1998, S. 90.

<sup>41</sup> vgl. Schroeder 1998, Dok. 34, MfS-Bericht, S. 716 ff.

<sup>39</sup> Roos 1996, insbesondere S. 275 ff.

pa auf sich gestellte DDR, gewissermaßen ohne die Nabelschnur der UdSSR und den abgeschirmten Schonraum des Comecon, sozial und wirtschaftlich nicht hätte bestehen können. Das innerdeutsch erreichte Niveau an Transferleistungen wäre auf rein europäischer Ebene gewiss nicht zu mobilisieren gewesen. Weiter erscheint in der Rückschau bemerkenswert, dass die Befürworter eines ganz auf die Bundesrepublik bezogenen Verfassungspatriotismus, also einer dezidiert wertbezogenen Ordnung, sich kaum mit der Tatsache befassten, dass nationale Einheit nicht zuletzt moralisch gebotene Beseitigung von Kriegsfolgelasten bedeutete.

#### *VI. Bedingungsfaktoren der Wiedervereinigung*

Durch welche aussenpolitischen Rahmenbedingungen wurde die deutsche Wiedervereinigung möglich und in welchem Kontext hat sie sich vollzogen?

Zentrale Bedeutung hatte natürlich das sowjetische Abrücken von der Breshnew-Doktrin, also vom Interventionsanspruch in dissident werdenden „Bruderländern“, zuletzt eindrucksvoll manifestiert in einer Rede Gorbatschows am 7.12.1988 vor den Vereinten Nationen.<sup>42</sup> Damit wurde ein neuer 17. Juni in der DDR zumindest sehr unwahrscheinlich. Zwar wollte man für das angestrebte gemeinsame „Haus Europa“ diesen Preis erbringen, dass er aber in der Konsequenz den gänzlichen Verlust des Warschauer-Pakt-Areals bedeuten würde, haben Gorbatschow und sein Aussenminister Schewardnadse offenkundig nicht gesehen.

Der seit Mitte der 80er Jahre den Satelliten konzedierte viel grössere Spielraum bedeutete so noch keineswegs eine Akzeptanz der deutschen Einheit. Bundespräsident v. Weizsäcker und Bundes-

kanzler Helmut Kohl erfuhren dies sehr nachdrücklich bei ihren Besuchen 1987 bzw. 1988 in Moskau.

Die sowjetische Führung hat hier ihren grundlegenden Kurswechsel im Januar, mit Nachhutgefechten bis März 1990 nach der Volkskammerwahl, vollzogen, nachdem alle Bemühungen, den Fortbestand der DDR - und sei es auch in Form einer Vertragsgemeinschaft oder Konföderation mit der Bundesrepublik - zu sichern, gescheitert waren. Die zunächst zum Erhalt der DDR eingesetzten Mittel waren die Installierung einer Reformfraktion aus der früheren SED in der Ostberliner Führung um Hans Modrow und das Bemühen, von Bonn zusätzliche finanzielle Ressourcen zu erhalten.<sup>43</sup> Gescheitert waren auch die Versuche Michail Gorbatschows, nach dem ihn persönlich stark irritierenden Zehn-Punkte-Plan Bundeskanzler Kohls vom 28. November 1987 zusammen mit London und Paris eine Art Abwehrfront gegen die deutsche Einheit zu bilden. Die überlieferten Gesprächsinhalte von der Begegnung Gorbatschows mit Mitterrand am 6. Dezember 1989 in Kiew<sup>44</sup> zeigen beispielhaft, wie nahezu identisch die Positionen zu diesem Zeitpunkt bei der Ablehnung einer schnellen deutschen Wiedervereinigung waren. Spielte Anfang Dezember 1989 Kohls Zehn-Punkte-Plan vom 28. November eine die westeuropäischen Partner zusätzlich irritierende Rolle, so hatte der Bundeskanzler schon am 18. November 1989 „bei einem informellen Abendessen der Staats- und Regierungschefs im Elysée das tiefe Misstrauen der Kollegen“ (Der Spiegel 2.3.1998, S. 26) erfahren. Die beiden klassischen europäischen Mächte Frankreich und Grossbritannien aber vermochten sich vor allem deshalb nicht auf eine gemeinsame deutschlandpolitische Strategie zu verständigen, weil ihre

<sup>42</sup> Uschakow 1998, S. 701 f.

<sup>43</sup> Grundsätzlich Biermann 1997, ferner Oldenbourg 1996, Hacker 1998.

<sup>44</sup> Adomeit 1998, S. 459 f.

eigenen europapolitischen Konzepte so unterschiedlich waren:

Ging Margaret Thatcher weiterhin von einem klassischen Mächtenspiel relativ unabhängiger Grössen aus, so zeigte sich Präsident Mitterrand bemüht, durch Forcierung der ja ohnehin angelegten weiteren Integrationstendenzen - politische Union und Währungs- und Wirtschaftsunion standen schon damals auf der „Agenda“- das vereinigte Deutschland so einzubinden, dass es möglichst bald einen Teil seines eigenstaatlichen Radius' und damit seiner potenziellen Grossmachtqualitäten verlor.

Diese Strategie fand Anfang 1990 die volle Akzeptanz Helmut Kohls und damit war die aus der Sicht Mitterrands zumindest zweitbeste Lösung der deutschen Frage möglich: wenn schon nicht allmähliches Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten in einem bereits vereinten Europa, dann doch unverzügliche Transformation des wiedervereinigten Deutschlands in ein sich vereinigendes Europa - jedoch mit der Konsequenz, dass auch die anderen Teilhaber an der Integration gleiche Abstriche an ihrer Souveränität hinnehmen mussten. Allerdings ist hinzuzufügen, dass naturgemäss die Währungsfrage für Deutschland, das ja bereits über eine weltweit angesehene stabile Reservewährung verfügte, eine gravierendere Rolle spielte als für seine Partner. Margaret Thatcher bemühte sich um eine Hinauszögerung der deutschen Einheit, im übrigen nicht einfach nur aus einer Art antideutscher Phobie; noch bedeutsamer war ihre Einschätzung der gesamteuropäischen Lage:

Komme es zu einer forcierten deutschen Wiedervereinigung gegen den erklärten Willen der Sowjetunion, so ihre Befürchtung, dann könne es auch zu einem Kurswechsel, zu einer Vereisung in Moskau, zum Abbruch des Reform- und Transformationsprozesses und zu einer schweren, weltpolitisch äusserst brisanten europäischen Krise kommen - beden-

ke man nur, dass mittlerweile in Polen der Schritt hin zu der westlich orientierten Regierung Mazowiecki vollzogen sei. All dies würde dann unter Umständen gefährdet, zudem die Perestroika-Politik Gorbatschows selbst. Festzuhalten ist aber auch, dass die britische Diplomatie in den tatsächlichen Abläufen des Zwei-Plus-Vier-Prozesses zur deutschen Einheit ab Frühjahr 1990 eine sehr konstruktive, deutsche Anliegen oft klug begleitende Haltung zeigte, gewissermassen unterhalb der Rhetorik der politischen Spitze.<sup>45</sup>

Das eigentlich Verblüffende der elf Monate von November 1989 bis September 1990 ist nicht so sehr die Tatsache, dass die deutsche Wiedervereinigung überhaupt zustande kam. Das eigentlich Verblüffende an diesem Prozess ist vielmehr, dass sie in Gestalt der uneingeschränkten Westbindung der nun vergrösserten Bundesrepublik möglich war. Dies gilt um so mehr, als sich selbst die beiden Protagonisten der Bonner Politik, Bundeskanzler Kohl und Bundesausserminister Genscher, in diesem Punkt nicht uneingeschränkt konsequent zeigten bzw. angesichts des öffentlichen Stimmungsbildes zeigen konnten:

Während Kohl Anfang 1990 eher kurzfristig wohl eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft unter Einschluss eines demilitarisierten Territoriums der früheren DDR erwog, waren solche Überlegungen bei Genscher weitergehend. Es tauchten hier Vorstellungen von zwei deutschen Armeen, von einer dauerhaften Ausklammerung der DDR aus dem NATO-Gebiet und andere Varianten auf. Ob man allerdings deshalb schon deziert von einem „Deutschland-Plan“<sup>46</sup> Genschers sprechen kann, sei dahingestellt. Schliesslich muss man auch den jeweiligen innenpolitischen Stellenwert der von Kohl und Genscher entwickelten

<sup>45</sup> Jackisch 1996.

<sup>46</sup> Biermann 1998.

Varianten im „Superwahljahr“ 1990 sehen.

Wenn sich die USA mit ihrem Verlangen nach konsequenter Westbindung, vor allem NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands, ohne politisch und strategisch bedeutsame Abstriche, durchsetzten, so war dies nicht selbstverständlich. Es kam schon wesentlich darauf an, dass sich die Interessenwahrnehmungen der politischen Führung dazu entsprechend wandelten. Eine gewisse Rolle spielte, dass sich die bisherigen ostmitteleuropäischen Partner der Sowjetunion, vor allem Warschau und Prag, mit ihren neuen demokratischen Führungen am wenigsten für ein ungebundenes Deutschland in der Mitte Europas, aus ihren Erfahrungen in der Zwischenkriegszeit gewissermassen das Modell Rapallo, begeistern konnten. Auf Aussenminister Schewardnadse hat dies durchaus Eindruck gemacht.<sup>47</sup> Entscheidend aber dürfte wohl gewesen sein, dass Gorbatschow und Schewardnadse sich von einer schnellen, wenn auch mit hohen politischen Kosten verbundenen Lösung der deutschen Frage das höchstmögliche Mass an deutscher Unterstützung für den eigenen Transformationsprozess versprochen. Darüber hinaus konnte Deutschland mit dem sowjetischen Wiedervereinigungszugeständnis als westlicher Fürsprecher optimal positioniert werden. Wie schwer man sich in Moskau trotzdem mit der Freigabe der Kriegsbeute DDR, des Siegespreises im Grossen Vaterländischen Krieg, tat, zeigt die Tatsache, dass zwar Ende Mai 1990 Gorbatschow in den USA gegenüber Präsident Bush und kurz darauf Schewardnadse in Brest-Litowsk gegenüber Genscher die Möglichkeit einer gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft bereits in Aussicht stellten. Aber noch bei der Zwei-Plus-Vier-Konferenz wenige Wochen später hielt Schewardnadse in Ber-

lin-Hohenschönhausen eine „Fensterrede“ - er selbst hat daraus kaum einen Hohl gemacht. Sie lief auf ein sicherheitspolitisch zweigeteiltes, unter Vier Mächte-Kuratell stehendes Deutschland hinaus und wies damit in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. Solche Köder mussten den alten Moskauer Eliten in Diplomatie und Militär noch hingehalten werden. So ist auch die Erklärung des NATO-Gipfels von Anfang Juli 1990 in London mit dem Tenor, die Konfrontation des Kalten Krieges gebe es nicht mehr, die Bündnisse müssten sich wandeln und zusammenarbeiten, vor allem auch als schliesslich erfolgreiche psychologische Unterstützung der Linie von Gorbatschow und Schewardnadse zu sehen.

Für den Westen lag der „Sinn“ der deutschen Wiedervereinigung am Ende in einer dreifachen Wirkung, die man sich von ihr versprechen konnte:

Erstens war sie Ausdruck und wichtigstes Element des welthistorischen Sieges im Kalten Krieg, durch den der europäische Kontinent von einem, wenn auch über lange Zeit stabilen, so doch Kräfte zehrenden und viele Ressourcen verschlingende Antagonismus befreit wurde.

Zum zweiten schien sie Deutschland in die Rolle zu versetzen, als europäischer Partner der USA die klassische amerikanische Penetrationspolitik hin zu Demokratie und freiem ökonomischem Austausch zu unterstützen. Es bleibt dabei abzuwarten, ob dafür im amerikanischen Kalkül die künftigen eigenen Möglichkeiten Deutschlands angesichts der fortschreitenden europäischen Integration richtig eingeschätzt wurden.

Schliesslich wurde die deutsche Wiedervereinigung zum Katalysator in der Europapolitik: „Der deutsche Nationalstaat wurde zwar wieder hergestellt - vor Erreichen der Finalität der europäischen Einigung. Aber die List der Geschichte liegt eben darin, dass diese Wiederher-

<sup>47</sup> Kohl 1996, S. 343.

stellung dadurch möglich gemacht bzw. nachhaltig erleichtert wurde, dass der Stellenwert des Nationalstaates als politisches Bezugsobjekt mittlerweile in Europa erheblich reduziert ist."<sup>48</sup>

### Literatur:

- Adomeit 1997 = Hannes Adomeit: Russland und Deutschland: Perzeptionen, Paradigmen und politische Beziehungen 1945 - 1995, in: Deutschland in Europa, Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert, hg. von Gottfried Niedhart, Detlef Junker und Michael Richter, Mannheim 1997, S. 332 - S. 354.
- Adomeit 1998 = Hannes Adomeit: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev, Baden-Baden 1998.
- Aretin 1986 = Karl-Otmar von Aretin: Das Alte Reich 1648 - 1806. Bd. 1: Föderalistische oder hierarchische Ordnung (1648 - 1684), Stuttgart 1981.
- Aretin 1997 = Karl-Otmar von Aretin: Das Alte Reich 1648 - 1806. Bd. 3: Das Reich und der österreichisch-preussische Dualismus (1745 - 1806), Stuttgart 1997.
- Bahr 1996 = Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München 1996.
- Besson 1970 = Waldemar Besson: Die Aussenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Massstäbe, München 1970.
- Biermann 1997 = Rafael Biermann: Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, München, Wien, Zürich 1997.
- Biermann 1998 = Rafael Biermann: Was Genscher mit Deutschland vorhatte, in: Die politische Meinung, 43/1998, H. 1, S. 49 - 61.
- Birrenbach 1984 = Kurt Birrenbach: Meine Sondermissionen. Rückschau auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Aussenpolitik vom Mauerbau bis heute, Düsseldorf, Wien 1984.
- Boyens 1995 = Armin Boyens: Geteilter Friede. Anmerkungen zur Friedensbewegung in den 80er Jahren, in: Kirchliche Zeitgeschichte 8/1995, H. 2, S. 440 - 509.
- Brand 1993 = Christoph-Mattias Brand: Souveränität für Deutschland. Grundlagen, Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zwei-Plus-Vertrages vom 12. September 1990, Köln 1993.
- Brochhagen 1994 = Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994.
- Dehio 1948 = Ludwig Dehio: Gleichgewicht und Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948.
- Felken 1993 = Detlef Felken: Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953 - 1959, Bonn, Berlin 1993.
- Fischer 1996 = Angela Fischer: Entscheidungsprozess zur deutschen Wiedervereinigung, Frankfurt am Main 1996.
- Frei 1996 = Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
- Frohn 1996 = Axel Frohn: Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den 50er Jahren, in: VfZ, 44/1996, H. 4, S. 485 - 525.
- Garton Ash 1993 = Timothy Garton Ash: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München, Wien 1993.
- Greiner 1995 = Bernd Greiner: Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, Hamburg 1995.
- Hacke 1997 = Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Aussenpolitik von Kennedy bis Clinton, Berlin 1997.
- Hacker 1998 = Jens Hacker: Die politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und DDR von 1985 bis zum Herbst 1989, in: Die deutsche Wiedervereinigung - Wunsch und Wirklichkeit, hg. von Karl Eckart u.a., Berlin 1998, S. 205-231.
- Haftendorn 1983 = Helga Haftendorn: Sicherheit und Entspannung. Zur Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955 - 1982, Baden-Baden 1983.
- Hüser 1996 = Dietmar Hüser: Frankreichs „Doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive -Plänen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen innen- und aussenpolitischen Krisenzeiten 1944 - 1950, Berlin 1996.
- Jackisch 1996 = Klaus-Rainer Jackisch: Diplomatie hinter den Schlagzeilen. Britische Vereinigungsstrategie zwischen Verweigerung und Kooperation, in: Elke

<sup>48</sup> März 1997, S. 270.

- Bruck, Peter M. Wagner hg.: Wege zum Zwei-Plus-Vier-Vertrag. Die äusseren Aspekte der Deutschen Einheit, München 1996, S. 7 – 24.
- Jäger 1998 = Wolfgang Jäger: Das Ziel der Einheit verwirklichen. Der innenpolitische Prozess der Einigung 1989/90, Stuttgart 1998.
- Jansen 1997 = Hans-Heinrich Jansen: Karl-Georg Pfeleiderers Gegenentwürfe zur Deutschland-Politik Adenauers, in: Historisch Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-demokratische Politik, 4/1997, S. 35 – 71.
- Kaiser 1997 = Monika Kaiser: Machtwechsel, Von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 - 1972, Berlin 1997.
- Kennedy 1989 = Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der grossen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 - 2000, Frankfurt am Main 1989.
- Kissinger 1979 = Henry Kissinger: Memoiren 1968 - 1973, München 1979.
- Knappe 1996 = Jens Knappe: Die USA und die Deutsche Einheit. Amerikanische Deutschland-Politik im Kontext von veröffentlichter und öffentlicher Meinung 1989/90, München 1996.
- Kohl 1996 = Helmut Kohl: Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1996.
- Kosthorst 1996 = Daniel Kosthorst: Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964, in: VfZ, 44/1996, H. 2, S. 257 – 293.
- Korte 1998 = Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Kohls Kanzlerschaft. Regierestil und Entscheidungsprozesse 1982 bis 1989, Stuttgart 1998.
- Kroegel 1997 = Dirk Kroegel: Einen Anfang finden! Kurt-Georg Kiesinger in der Aussen- und Deutschland-Politik der Grossen Koalition, München 1997.
- Lemke 1995 = Michael Lemke: Die Berlin-Krise 1958 - 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.
- Maetzke 1996 = Heinrich Maetzke: Der Union-Jack in Berlin. Das britische Foreign Office, die SBZ und die Formulierung britischer Deutschland-Politik 1945/47, Konstanz 1996.
- Marcowitz 1996 = Reiner Marcowitz: Option für Paris. Unionsparteien, SPD und Charles De Gaulle 1958 - 1969, München 1996.
- März 1982 = Peter März: Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten. Zur deutschlandpolitischen Diskussion 1952 in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der westlichen und der sowjetischen Deutschlandpolitik, Frankfurt am Main u.a. 1982.
- März 1996 = Peter März: hg., Dokumente zu Deutschland, mit Einführung, München, Landsberg am Lech 1996.
- März 1997 = Peter März: Aspekte der deutschen Wiedervereinigung, in: Vom Wiener Kongress bis zur Wiedervereinigung Deutschlands. Betrachtungen zu Deutschland und Österreich im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hubert Rumpel, München 1997, S. 231 – 285.
- Nakath/Stephan 1995 = Detlef Nakath, Gert-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980 - 1987, Berlin 1995.
- Oldenbourg 1996 = Fred Oldenbourg: Deutsche Einheit und Öffnung der NATO. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 1996, H. 52.
- Osterheld 1986 = Horst Osterheld: „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“ Adenauers letzte Kanzlerjahre - ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986.
- Potthoff 1995 = Heinrich Potthoff: „Die Koalition der Vernunft“. Deutschland-Politik in den 80er Jahren, Dokumente und Einführung, München 1995.
- Roos 1996 = Sören Roos: Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in der deutschen Kritik zwischen 1982 und 1989, Berlin 1996.
- Roth 1995 = Florian Roth: Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969 - 1990), Baden-Baden 1995.
- Rupieper 1991 = Hermann-Josef Rupieper: Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschland-Politik 1949 - 1955, Opladen 1991
- Schmidt 1987 = Helmut Schmidt: Menschen und Mächte, Berlin 1987.

- Schmidt 1996 = Helmut Schmidt: Weggefahren. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996.
- Schroeder 1998 = Klaus Schroeder: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.
- Soutou 1997 = Georges-Henri Soutou: Präsident Georges Pompidou und die Ostpolitik, in: Deutschland in Europa, S. 171-179.
- Stelkens 1997 = Jochen Stelkens: Ulbrichts Sturz 1971, in: VfZ, 45/1997, H. 4, S. 503 - 533.
- Subok, Pleschakow 1997 = Wladislaw Subok, Konstantin Pleschakow: Der Kreml im Kalten Krieg von 1945 bis zur Kuba-Krise, Hildesheim 1997.
- Uschakow 1998 = Alexander Uschakow: Wetterleuchten der Diplomatie am Rande der deutschen Wiedervereinigung, in: Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20-jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung, hg. von Karl Eckart u.a., Berlin 1998, S. 701-715.
- Vogel 1997 = Hans-Jochen Vogel: Nachrichten. Meine Bonner und Berliner Jahre, TB-Ausgabe, München 1997.
- Vogtmeier 1996 = Andreas Vogtmeier: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschland-Politik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996.
- Weber 1996 = Petra Weber: Carlo Schmid 1896 - 1979, München 1996.
- Weidenfeld 1998 = Werner Weidenfeld: Aussenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998.
- Wenger 1998 = Andreas Wenger: Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status Quo in Europa, in: VfZ 46/1998, H. 1, S. 69 - 99.
- Wettig 1992 = Gerhard Wettig: Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Aussenministeriums. Die Hypothese des Wiedervereinigungsangebotes, in: Deutschland-Archiv, 1993, H. 7, S. 786 - 805.
- Wettig 1996 = Gerhard Wettig: Kontrastprogramm „antifaschistisch-demokratische Ordnung“: sowjetische Ziele und Konzepte, in: Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, hg. von Heinrich Oberreuter und Jürgen Weber, München 1996, S. 101 - 123.
- Wettig 1997 = Gerhard Wettig: Diskussionsbeitrag, in: Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Rhöndorfer Gespräche Bd. 16, Bonn 1997, S. 71 f.
- Wiegrefe 1993 = Klaus Wiegrefe: Dokumentation Honecker und Brechnew auf der Krim 1976, in: VfZ, 41/1993, H. 4, S. 589 - 619.